

*An die  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Frau Verena Dunst  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

**22 - 1371**

Eisenstadt, am 30. März 2023

### **Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf  
Fassung einer EntschlieÙung betreffend Einrichtung eines Corona-Fonds für alle  
Burgenländer**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend Einrichtung eines Corona-Fonds für alle Burgenländer**

Während in Wien erst Anfang März die letzten generellen Covid-Maßnahmen aufgehoben wurden, geben viele ursprüngliche Verfechter der Lockdowns und der Impfpflicht mittlerweile zu, dass die Corona-Politik in Österreich mehr Schaden als Nutzen angerichtet hat. Die FPÖ war die einzige Partei, die von Beginn gegen Zwangsmaßnahmen in allen Bereichen aufgetreten ist.

ÖVP, SPÖ und Grüne sind auf Bundes- und Landesebene dafür verantwortlich, dass die Österreicher rund 2 Jahre mit massiven Einschränkungen leben mussten. Bereits bei der Zahl von 1.619 gemeldeten Impfschäden (Stand 30.12.2022) ist die Dunkelziffer vermutlich hoch. Die psychischen und persönlichen Folgeschäden hingegen betreffen vielen Studien zufolge weite Teile der Bevölkerung. Noch dazu kommen zig verhängte Corona-Strafen, welche der Verfassungsgerichtshof später als rechtswidrig eingestuft hat.

Eine Wiedergutmachung dieser Schäden und Strafen durch die österreichische Politik hat bis dato leider nicht stattgefunden. Im Nachbarbundesland Niederösterreich konnte auf Betreiben der FPÖ jedoch im Arbeitsübereinkommen mit der ÖVP für die neue Legislaturperiode die Einrichtung eines Corona-Fonds in Höhe von 30 Millionen Euro vereinbart werden. Dieser soll neben der Rückzahlung von verfassungswidrigen Strafen nach einer Evaluierung folgende Förderungen vorsehen:

- Beratungsleistungen für individuelle Schäden
- Medizinische Betreuung für Menschen mit Impfbeeinträchtigungen
- Kosten zur Behandlung psychischer Probleme
- Allfällig erforderliche Therapien
- Mehraufwendungen für Heimunterricht
- Sonstige erforderliche Unterstützungen für Kinder und Jugendliche wie etwa Gutscheine für Nachhilfe, Freizeitaktivitäten usw.

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil - vor nicht allzu langer Zeit noch einer der größten Befürworter der völlig ungerechtfertigten Impfpflicht - sollte sich nun ein Beispiel an der niederösterreichischen Landesregierung nehmen und ebenfalls einen Corona-Fonds einrichten, welcher der Rückerstattung der verfassungswidrigen Strafen dient sowie auch die psychischen und persönlichen Schäden der Burgenländer wiedergutmacht. Für das Burgenland wäre eine Dotierung des Fonds mit 5 Millionen Euro angemessen, wobei die Dauer und genaue Ausgestaltung der Förderungen von einer vorangehenden Evaluierung abhängen soll.

Die entzogene Freiheit und die gesellschaftlichen Einschränkungen durch Lockdowns kann den Menschen zwar nicht mehr zurückgegeben werden, aber den Burgenländern mit dem Corona-Fonds zumindest eine Wiedergutmachung der entstandenen Schäden angeboten werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung, insbesondere Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, wird aufgefordert, zur Rückzahlung von verfassungswidrigen Strafen und zur Wiedergutmachung der psychischen und persönlichen Schäden infolge der verfehlten Corona-Politik nach Evaluierung einen Corona-Fonds in Höhe von 5 Millionen Euro für alle Burgenländer einzurichten.

*Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuzuweisen.*